

EU-Sondernewsletter Nr. 01/2009 vom 16. April 2009



Gemeinsam auf europäischer Ebene Interessen verwirklichen

„Wir müssen frühzeitig für Themen sensibilisieren, um dann als Feuerwehren gemeinsam mit Nachhaltigkeit auf der europapolitischen Bühne unsere Interessen zu verwirklichen“, erklärte Ralf Ackermann, Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV), beim zweiten internationalen Gesprächskreis des DFV in Brüssel mit Hinblick auf den anstehenden Vertrag von Lissabon. „Wenn es nur noch Mehrheitsentscheidungen gibt, müssen diese Mehrheiten auch organisiert werden“, appellierte Ackermann, der im DFV für die internationalen Beziehungen zuständig ist, beim Treffen in der Ständigen Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Dort befindet sich auch die Vertretung der deutschen Feuerwehren.

Erstmals nahmen neben Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Führungskräften der Europäischen Kommission auch Vertreter anderer nationaler Feuerwehrverbände und staatlicher Vertretungen an dem Informationsgespräch teil. Hervé Martin, Head of Unit der Generaldirektion Umwelt, informierte vorab über die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Prävention von Katastrophen. „Wir sind nach wie vor der Auffassung, dass Prävention und Vorsorgemaßnahmen sinnvoller sind als die Einrichtung einer ständigen Einsatztruppe“, bekräftigte Ackermann.



Die EU-Parlamentarier Dr. Markus Pieper, Dr. Renate Sommer und Manfred Weber informierten sich bei den Experten auch über die unterschiedlichen Systeme des Feuerwehrwesens in Europa. Neben Hervé Martin nahmen seitens der Europäischen Kommission Christopher Allen und Anja Brammann am Treffen teil. Für den Hausherrn begrüßte Staatssekretärin Nicola Beer die Gäste. Seitens des DFV informierten die Vizepräsidenten Ralf Ackermann und Bernd Pawelke. Dennis Davis (Großbritannien), Teresa Tiszbierek (Polen) und Francois Maurer (Frankreich) ergänzten die Runde der Feuerwehrverbände. Danica Babic (Republik Slowenien), Jiri Chalupa (Tschechische Republik), Willy Kempel (Österreich) und Silvia Späth (Deutschland) nahmen von den Ständigen Vertretungen am Gespräch teil.

EU-Gemeinschaftskonzept zur Minderung von Katastrophenfolgen

Die Europäische Kommission will ein Gemeinschaftskonzept zur Minderung der Auswirkungen von Katastrophen natürlichen und menschlichen Ursprungs in der EU umsetzen. Besonders angesichts der mit dem Klimawandel einhergehenden höheren Risiken soll durch die Präventionsmitteilung strategisch an dieses Thema herangegangen werden. „Im Mittelpunkt der vorgeschlagenen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene stehen die Bereiche, in denen ein gemeinsames Vorgehen wirksamer ist als Einzelmaßnahmen der Mitgliedstaaten. Hierzu gehören der Aufbau von Wissen, die Abstimmung von Akteuren und Strategien sowie die Verbesserung der Leistungen bereits bestehender Gemeinschaftsinstrumente für die Katastrophenverhütung“, heißt es seitens der Europäischen Kommission.

Das für Umwelt zuständige Mitglied der Europäischen Kommission Stavros Dimas, sagte hierzu: „In den EU-Mitgliedstaaten steigt das Risiko von Naturkatastrophen, die als Folge des Klimawandels in den kommenden Jahren voraussichtlich immer häufiger und mit grö-

Bundesgeschäftsstelle
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Telefon
(0 30) 28 88 48 8-00
Telefax
(0 30) 28 88 48 8-09
E-Mail
info@dfv.org
Internet
www.dfv.org

Präsident
Hans-Peter Kröger

ßerer Heftigkeit auftreten werden. Wir müssen tun, was wir können, um ihre Wirkung zu verringern, indem wir uns möglichst gut vorbereiten. Diese Mitteilung ist ein wichtiger erster Schritt bei der Einleitung eines langfristigen Prozesses für Gemeinschaftsmaßnahmen in diesem Bereich.“

In der Mitteilung über die Katastrophenverhütung werden die Bereiche ausgewiesen, in denen Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene einen zusätzlichen Nutzen bringen könnten. Dies umfasst ein Inventar über vorhandene Informationen und bewährte Verfahren, das auf Gemeinschaftsebene erstellt wird, die Festlegung von Leitlinien für die Gefahren-/Risikokartierung, die Abstimmung zwischen Akteuren und Strategien während des gesamten Ablaufs der Katastrophenbewältigung mit mehr Schulungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, besseren Zugang zu Frühwarnsystemen und die effizientere Ausrichtung gemeinschaftlicher Finanzhilfen.

Weitere Informationen zum Thema gibt es online unter http://ec.europa.eu/environment/civil/pdfdocs/com_2009_82de.pdf sowie http://ec.europa.eu/environment/civil/pdfdocs/summary_ia_090203_de.pdf.

EU fördert Projekte im Bereich Prävention

Die Europäische Kommission fordert zur Einreichung von Vorschlägen für das EU-Programm Katastrophenschutz auf. Gefördert werden mit den aktuellen Aufrufen transnationale Kooperationsprojekte in den Bereichen „Bereitschaft und Prävention“. Die Antragsfrist endet am 18. Mai 2009. Weitere Informationen gibt es online unter http://ec.europa.eu/environment/civil/prote/call_prep_2009.htm

EU-weite Studie: Vertrauen in die Feuerwehr

Deutschlands Feuerwehr bleibt Spitze: In Europas größter Verbraucherstudie haben die Feuerwehrleute ihre Ausnahmestellung als vertrauenswürdigster Berufsstand ihres Landes verteidigt. 93 Prozent der Deutschen haben den Feuerwehrleuten in einer repräsentativen Umfrage für das Magazin Reader's Digest ein „ziemlich hohes“ bzw. „sehr hohes“ Vertrauen ausgesprochen. Europaweit hatten 92 Prozent der Befragten ihr Vertrauen in die Feuerwehr ausgesprochen. Bereits in den Vorjahren hatte der Deutsche Feuerwehrverband als Spitzenverband der deutschen Feuerwehren den „Pegasus-Award“ hierfür erhalten.

Der Newsletter des Deutschen Feuerwehrverbandes ist ein Informationsangebot an alle Menschen, die sich in der Feuerwehr oder für die Feuerwehr engagieren. Gerne können Sie ihn an Interessierte weiterleiten oder unter www.dfv.org/newsletter direkt abonnieren. Abmeldungen sowie Änderungen der Mailadresse senden Sie bitte an brosius@dfv.org.

Herausgeber und Adresse für Feedback:
Deutscher Feuerwehrverband
Reinhardtstraße 25
10117 Berlin
Verantwortlich:
Silvia Darmstädter (Pressereferentin)
Telefon (030) 28 88 48 8-23
E-Mail darmstaedter@dfv.org